

### In dieser Ausgabe:

**Seite 2:**  
Neues aus der  
Stadtratsfraktion

**Seite 3:**  
Vorläufige  
Wahlergebnisse  
Dessau-Roßlau

**Seite 4:**  
Rückblende auf  
das Geschehen  
im Jahr 1932

**Seite 5:**  
Buchvorstellung  
der Forschungs-  
gruppe "Zyklon B"

**Seite 10:**  
Termine, Ehrungen,  
Ereignisse,  
Kontaktadressen

## Kommunalwahl 22.04. 2007

Die Linkspartei.PDS konnte, wie keine andere Partei mit einem klaren Wahlprogramm antreten, das in seinen Zielstellungen für alle Menschen in Dessau-Roßlau keine Fragen mehr offen ließ.

Trotzdem verlangte der Wahlkampf alle Anstrengungen, große Einsatzbereitschaft und persönliche Anstrengungen.

Dafür ist den Beteiligten Genossinnen und Genossen, den Sympathisanten unserer Partei herzlich zu danken.

Die Linkspartei.PDS trat für die Doppelstadt Dessau-Roßlau mit 30 Kandidaten zur Wahl des Stadtrates und mit 18 Kandidaten zur Wahl zu den Ortschaftsräten an.

Für jede Wahl gibt es unausgesprochene Zielstellungen, die sehr hoch gesteckt werden. Unsere Zielstellungen haben wir nicht erreicht, obwohl wir immer noch die zweitstärkste Fraktion im Stadtrat stellen werden und mit 10 Stadträten weiterhin eine unübersehbare Politik machen können und werden. An dieser Stelle einen herzlichen Dank an alle Wahlkämpfer und Kandidaten. Wir sollten uns dringend bemühen alle bei der Stange zu halten und eine intensive Zusammenarbeit auch in der Zukunft zu sichern, denn zu tun gibt es in den kommenden 7 Jahren mehr als genug.

Die Ursachen zum Wahlergebnis bedürfen noch genaueren Untersuchungen, vor allem ehrlichen Überlegungen, die bestimmt noch mehrere Wochen in Anspruch nehmen werden. Unbefriedigend ist sowohl die Wahlbeteiligung wie auch das Wahlergebnis für unsere, aber auch alle anderen Parteien.

Ein Alarmzeichen gibt es immer dann, wenn Überlegungen für die weitere Arbeit gemacht werden müssen. Liegt es an der fehlenden Kontinuität der Arbeit in der Partei, an der Erreichung der Bürger liegt es allemal und manches war im Wahlkampf nicht polarisiert genug? Liegt es an der Durchführung des Wahlkampfes, wie und womit man an den Wähler herantritt? Warum war das „Heer“ der

Nichtwähler wieder so groß? An Fragen und Aufgaben wird es in der nächsten Zeit neue Anstrengungen geben müssen.



Vorstand und Fraktion werden die Ergebnisse sorgfältig analysieren.

Der Wahlkampf war auf zwei wesentliche Schwerpunkte angelgt:

Schutz des kommunalen Eigentums und Vorteile der Doppelstadt Dessau-Roßlau.

Haben wir nicht etwa doch versäumt, die sozialen Grausamkeiten der Bundes- und Landtagspolitik besser in den Wahlkampf einzubeziehen? Wurden damit wertvolle Punkte vertan? Ist vielleicht bei unseren Mitgliedern und vor allem den Wählern das Wahlprogramm nicht richtig angekommen? Den von der Regierungspolitik wirklich benachteiligten Menschen unserer Stadt und der Bevölkerung in den ländlichen Siedlungen haben mit den

Medien zur Verbreitung des Zeitgeistes unter Garantie nicht die ausreichenden Informationen erreicht. Dies trifft auf die schlechte Wahlbeteiligung genauso zu, wie auf das Wahlverhalten im Wahllokal. Sobald die exakten Wahlergebnisse vorliegen werden, kann vom Vorstand, der Fraktion und den Basisorganisationen eine ehrliche Auswertung vorgenommen werden, die sich auf die weitere politische Arbeit auswirken muss.

Ein Wort zum Schluss. Unser Genosse Ralf Schönemann hat einen so noch nie dagewesenen Wahlkampf geführt. Er hat ein Angebot an alle Menschen dieser Stadt gemacht und er wäre für diesen Neuanfang unserer neuen Stadt Dessau-Roßlau auch der richtige neue Mann gewesen. Der Wahlsieger, Klemens Koschig, hat mit seinen Unterstützern eine Medienpräsenz erhalten die schon fast erdrückend war und natürlich mit dem Votum von ALT-OB Otto einen nicht unwesentlichen Unterstützer gehabt. Wir können ihm nur gratulieren und sagen aber auch, der neue Stadtrat ist nicht der von Roßlau und er hat es mit einer anderen Fraktion der Linkspartei zu tun als er es bisher kennt.

Dem Ralf und seiner Monika und nicht zuletzt seinen Unterstützern aber müssen und wollen wir Dank sagen, für eine aufopferungsvolle, bis an die Grenzen von Belastbarkeit für ihn, seine Familie und sein Team gehende Energieleistung, die immerhin alle anderen Parteikandidaten hinter sich ließ und einen nicht unerwarteten zweiten Platz gebracht hat, nur hätten wir eine Stichwahl keineswegs gescheut. Nach der Wahl ist vor der Wahl, die Arbeit ist nicht weniger geworden, also aufstehen und wieder kämpfen.

Erwin Rudolf und Frank Hoffmann



## Neues aus der Stadtratsfraktion der Linkspartei.PDS

1. Mai 2007

**Grußwort von Michael Kleber**  
(Vorsitzender DGB-Region Dessau)

Als ich vor 20 Jahren bei der Ex-pressgutabfertigung der Bahn zur Finanzierung meines Studiums gejobbt habe, erhielt ich 10 Mark die Stunde. Heute bekommen Helfer für echte Knochenarbeit oft nur 5 Euro in der Stunde, also genau so viel. Obwohl seitdem alles teurer geworden ist. So sieht sie aus, die Welt der Niedriglöhne, die uns Wirtschaft und viele Politiker aus Koalition und Opposition gerne als Heilmittel gegen Arbeitslosigkeit verordnen wollen: Löhne, die nicht zum Leben reichen. Wir Arbeitnehmer haben mehr verdient! Wir haben mehr verdient als eine Renten-kürzung, die sich Rente mit 67 nennt. Wir haben mehr verdient als Niedriglöhne, Sozialabbau und das dazugehörige neoliberale Geschwätz bei Sabine Christiansen. Gute Konjunktur, zurückgehende Arbeitslosenzahlen, das kann nur heißen: Mehr Geld für gute Arbeit. Soziale Gerechtigkeit für Arbeitnehmer, Arbeitslose und Rentner. Respekt und Würde statt Lohnreduzierung und Arbeitsplatzvernichtung. Wer jetzt für Arbeit und gerechte Löhne kämpft, gestaltet die Zukunft. Machen auch Sie mit bei der 1. Mai-Veranstaltung in Dessau!

Ralf Schönemann und die Stadträte der Linke.PDS-Fraktion Dessau, bedanken sich bei Ihnen, liebe Dessauer und Roßlauer Bürgerin-nen und Bürger, für Ihre breite Unterstützung beim Ringen um die Verwirklichung unserer Kommunalpolitik. Dank im Besonderen auch für das entgegengebrachte Vertrauen bei der Kommunalwahl und der Wahl für das Amt des Oberbürgermeisters der Doppelstadt Dessau-Roßlau.

Die Linke.PDS-Fraktion Dessau bescherte zahlreichen Kindern mit ihren Eltern einen spannenden und erfolgreichen 2. Osterfeiertag. 432 Ostereier waren zu suchen und zahlreiche Preise kamen zur Verlosung. Eltern und Kinder versicherten, im nächsten Jahr sehen wir uns beim fröhlichen Ostereiersuchen wieder.

1. Mai 2007

# Du hast mehr verdient!



Mehr Respekt. Soziale Gerechtigkeit. Gute Arbeit.

## Maikundgebung

### Stadtpark in Dessau

**Kundgebung: 11.00 Uhr**

Es sprechen:

**Manfred Pettche**

1. Bevollmächtigter IGM Dessau

**Frank Hoffmann**

Vorsitzender des PDS-Stadtverbandes Dessau

**Informationsstände**

der Gewerkschaften, Parteien, Vereine und Verbände

anschl.

**buntes Familienprogramm**

Auch an unsere „Kleinen“ haben wir wieder gedacht. Für das leibliche Wohl ist gesorgt.

**Alle sind herzlich eingeladen.**

**DGB**



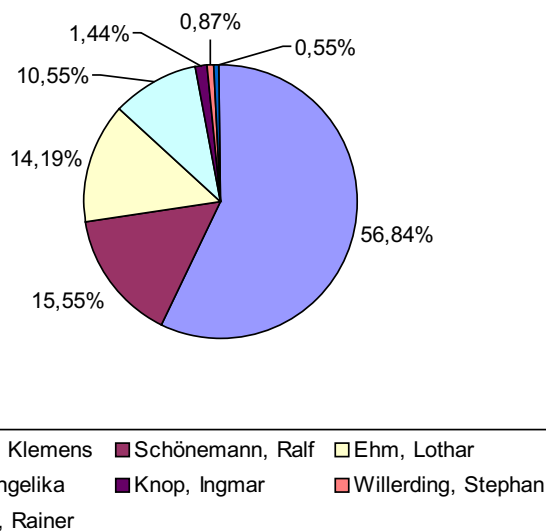
## Ergebnisse der OB- und Kommunalwahl Stadtverband Dessau-Roßlau

Auf dieser Seite präsentieren wir euch die **vorläufigen Ergebnisse** der OB- und Kommunalwahl im Stadtverband Dessau-Roßlau vom 22. April 2007, da das Amtliche Endergebnis zum Redaktionsschluss noch nicht vorlag.

### Wahlergebnis Oberbürgermeister

Platz	Kandidat	Partei	Stimmen
1	Koschig, Klemens	Parteilos	20941
2	Schönemann, Ralf	DIE LINKE.	5728
3	Ehm, Lothar	CDU	5228
4	Storz, Angelika	SPD	3887
5	Knop, Ingmar	DVU	532
6	Willerding, Stephan	Parteilos	322
7	Gerdung, Rainer	Offensive D	201

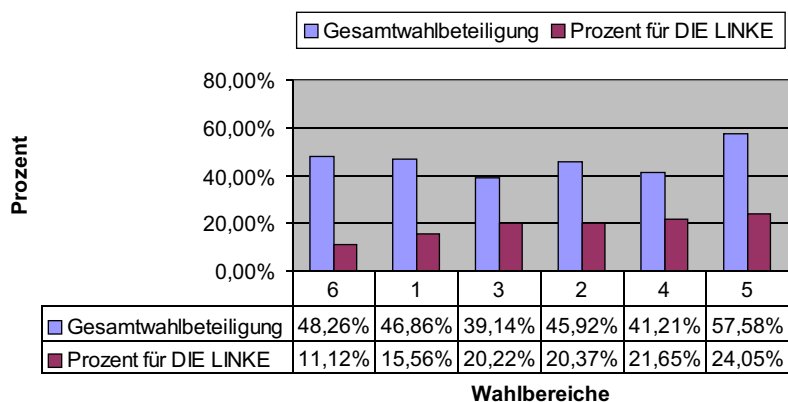
Vorläufiges Ergebnis der OB-Wahl



### Unsere Stadträte

Wahlbereich	Kandidat	Stimmen
1	Andrich, Monika	1041
2	Geier, Erhard	1180
	Ehlert, Heidemarie	886
3	Hoffmann, Frank	1987
	Stabbert-Kühl, Sabine	485
4	Pätzold, Hans-Joachim	1785
	Stöbe, Karin	668
5	Schönemann, Ralf	4203
	Sanftenberg, Angela	270
6	Dr. Sauermilch, Werner	613

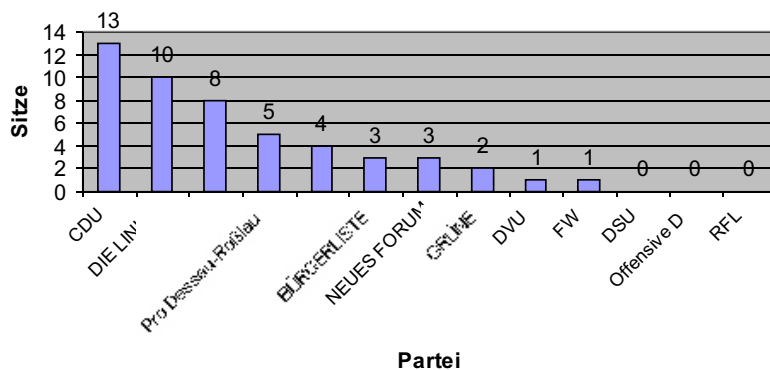
Wahlbeteiligung im Vergleich der Stimmen für DIE LINKE.



### Unsere Ortschaftsräte

Ortschaftsrat	Kandidat	Stimmen
Waldersee	Andrich, Monika	540
Kleinkühnau	Schönemann, Ralf	1127
Meinsdorf	Treutmann, Thomas	129
Roßlau	Vester, Peter	517
	Wilke, Dieter	448
Kochstedt	Pätzold, Hans-Joachim	785
	Stöbe, Karin	278
Mosigkau	Hensel, Wolfgang	305
Rodleben	Gille, Thorsten	318

Sitzverteilung im Stadtrat



1932 - 2007

## Eine „Rote Revue“ für Dessau

Warum verlor die anhaltische SPD im Frühjahr 1932 die Fähigkeit, weiter zu regieren? Sie hatte weiterhin sehr große Potenzen in der Arbeiterschaft und in anderen Teilen der Bevölkerung. Hier soll nur die Rede sein von der Unterstützung, mit der die SPD unter der arbeitenden Jugend rechnen konnte. Ein großer Teil der Jugend Dessaus war sozialistisch orientiert und in Gewerkschaften, Sportvereinen und in der SAJ, der Sozialistischen Arbeiterjugend, organisiert. Die SAJ Dessau war in vier Gruppen organisiert, die meist mehrmals in der Woche zusammenkamen, wanderten, Sport trieben, sangen und politische Diskussionen führten. Vorsitzender der SAJ Dessau war 1930 Walter Bayer, dann bis 1933 Franz Bauer (1910-1986), Buchdrucker in der sozialdemokratischen Arbeiter-Druckerei, 1932 bereits lange arbeitslos. Franz, sein Bruder Paul, Walter Bayer, Carl Marx, Elli Meißner und andere bildeten außerdem eine Laienspielgruppe, aus der ein leistungsfähiges politisches Kabarett wurde, das als „rote fanfaren“ auftrat.

Das vielleicht erste Programm der „roten fanfaren“ Anfang 1931 hieß „spott und hohn gegen reaktion“. Damit traten sie gegen die Nazis auf, die seit 1930 in Dessau stark an Einfluß gewonnen hatten. Sie spielten auch „Die Weber“ von Hauptmann. Am 9.3.1931 traten sie mit dem antifaschistischen Programm „Adolf Hitler in sieben Bildern“ auf, in dem sie die Lügen der Nazis entlarvten und Hitler und seine Paladine mit Spott überschütteten. 1931 hatten die „roten fanfaren“ 56 Auftritte im „Tivoli“, vor dem Arbeitsamt und auch auswärts.

Das wohl massenwirksamste Stück der „roten fanfaren“ war die „Rote Revue“ im Frühjahr 1932. Dabei wirkte auch der sozialdemokratische „Vorwärts“-Chor mit unter der Leitung des beliebten Emil Lingner. Das „Tivoli“ war bei diesem sozialistischen Programm überfüllt, die Anwesenden, viele von ihnen arbeitslos, waren begeistert. Die damals 18jährige Charlotte Wirth (später „Lotti“ Höppner), die dem Vorwärts-Chor angehörte, erinnert sich, daß am Ende des Programms die über hundert Mitwirkenden, rote Fahnen schwenkend, unter großem Beifall noch einmal auf die Bühne gingen und sie selbst dabei vor Begeisterung aus der Rolle kam.

Das spektakulärste Stück der „roten fanfa

# politisches kabarett

der reinertrag gehört dem spitzbergausbau

**spott und hohn gegen reaktion**

freitag, 27. februar 1931, 20 uhr, im großen saale des „tivolis“

eintritt 30 pf., erwerbsl. 10 pi.

karten bei den mitgliedern u. in der volksblatt-buchhandlg.

## rote fanfaren, dessau

laienspielschar der sozialistischen arbeiterjugend

Abb.: Ankündigung der „roten fanfaren“ für das Programm „spott und hohn gegen reaktion“ 1931. Das Eintrittsgeld sollte verwendet werden für den Ausbau des Heimes auf dem „Spitzberg“ hinter Roßlau Richtung Zerbst

ren“ nannte sich „Pfaffenspiegel“. Es war gerichtet gegen Dessauer Geistliche, die einen von Gott begnadeten Führer ankündigten, der Ordnung schaffen werde. Einer dieser Geistlichen wurde von den Arbeitern „Stahlhelm-Pastor“ genannt, weil er aktiv im militaristischen Stahlhelm wirkte. Franz Bauer hatte diese Fabel einem Stück von Carl Zuckmayer entlehnt. Carl Marx, der spätere Kunstmaler, hatte fünf Meter hohe Jesuitenpater gemalt, die seitlich an der Bühne hochgezogen wurden. Höhepunkt war die Szene, bei der Jesus im Zentrum der Bühne am Kreuz steht, auf der einen Seite von Arbeitern aufgefordert, sich zu ihnen zu bekennen, auf der anderen Seite von Kapitalisten, Militaristen und Pfaffen, die Jesus Gewehr und Handgranate angehängt hatten. Die Arbeiter befreiten schließlich Jesus von militaristischem Krempel.

Die Dessauer Nazizeitung „Anhalter Anzeiger“, die Anhaltische Landeskirche und Zeitungen außerhalb Anhalts griffen die „roten fanfaren“ äußerst scharf an.

Statt diese aktiven jungen Sozialdemokraten zu schützen, distanzieren sich Peus und andere SPD-Funktionäre von ihnen. Heinrich Peus drohte Franz Bauer, ihn aus der SPD auszuschließen. Der „Vorwärts“, die zentrale Zeitung der SPD, schrieb am 17.4.1932: „Die ‚Roten Fanfaren‘ sind eine private Laienspieltruppe“. Herbert Schüler, Freund von Franz, schrieb später: „Die Partei hat die ‚Roten Fanfaren‘ ausgespuckt wie eine heiße Kartoffel“. 1933 wurden Franz Bauer und Herbert Schüler wegen „Gotteslästerung“ angeklagt. Franz wurde zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt, die er in Coswig verbrachte, wo er mißhandelt wurde.

Das Verhalten der Dessauer SPD-Führer zu den „roten fanfaren“ ist nur ein Beispiel, dass sie die Potenzen für den Kampf gegen Nazis nicht entfachten und sich nicht auf die Massen stützten, sondern sich auf Presse und Parlamentarismus beschränkten.



Abb.: Franz Bauer 1931 als 18jähriger, Vorsitzender der Dessauer SAJ

Literatur:

Werner Grossert: Franz Bauer, Reihe Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Kreis Dessau, Nr. 3, Dessau 1988

Werner Grossert: Zur Geschichte der Sozialistischen Arbeiterjugend in Dessau, maschinenschriftlich, Dessau 1987 (im Stadtarchiv und in der Wiss. Bibliothek)

Werner Grossert

## Die Forschungsgruppe Zyklon B

Die Forschungsgruppe beschäftigt sich seit 1996 ehrenamtlich mit dem Forschungsobjekt Zyklon B. Schwerpunkt der Arbeit war es, die regionalen Aspekte der Produktion und des Transports des Giftgases bis zu seiner Anwendung in den Konzentrationslagern zu untersuchen.

Die Forschungsergebnisse entstanden in ehrenamtlicher Arbeit und obwohl keine/r der Beteiligten hauptberuflich Historikerin ist, haben alle am Projekt Beteiligten größten Wert auf die präzise Erarbeitung des Mate-

### Es ist geschafft!

**Wir, die Forschungsgruppe Zyklon 13, freuen uns, nach jahrelanger Arbeit nun unser Buch vorstellen zu können. Dazu möchten wir alle, die uns unterstützt haben bzw. sich für unsere Arbeit interessieren, recht herzlich einladen. Die Buchvorstellung findet am 7. Mai 2007 um 19 Uhr im Bauhaus Klub Dessau; Gropiusallee 38 statt.**

rials gelegt.

Angesichts existierender rechtsextremer Gewalt, der Existenz von Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sowie der Passivität eines großen Teils der Gesellschaft gegenüber diesen neonazisti-

schen Tendenzen, will die Gruppe zeigen, wie im nationalsozialistischen Deutschland ein bis dahin den Menschen dienendes Insektenvernichtungsmittel zum Mordinstrument wurde. Die Gefahr, dass dem Menschen nützliche Erfindungen durch Menschen missbraucht werden, besteht immer.

Durch Informationsveranstaltungen über die recherchierten Forschungsergebnisse wird die Öffentlichkeit für dieses Thema sensibilisiert.

## Protest gegen den G8-Gipfel!

Rede von **Wolfgang Methling**, stellvertretender Vorsitzender der Linkspartei.PDS auf dem Dortmunder Parteitag

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste,

ein Schlusswort, auch wenn der Zeitplan überschritten ist, besitzt nur eine relative Beliebtheit. Darüber bin ich mir im Klaren. Deshalb möchte ich es auch kurz halten. Zur Problematik des G8-Gipfels und zu den Kritiken, die wir daran üben, ist in der Vergangenheit außerordentlich viel gesagt worden.

(...)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind uns sicherlich einig in der kritischen Bewertung des G8-Gipfels, als einen Gipfel von selbsternannten Weltherrschern, der nicht legitimiert ist, als einen Gipfel, der nicht die Lösung des Problems mit sich bringt, sondern der zu einer weiteren Anhäufung von Problemen beiträgt. Ich habe den Eindruck, die G8-Staatsleute fühlen sich als Götter auf einem Olymp, den man heutzutage mit Sicherheitszäunen abgrenzen muss, den man vor dem Volk schützen muss. Ich möchte an dieser Stelle sagen: Sie sollten von diesem Olymp herunterkommen. Sie sollten sich mit den Völkern der Welt in den Dialog begeben. Sie sollten mit den Ärmsten und Unterdrückten gemeinsam sprechen, um die Probleme zu lösen. Vor allem müssen sie mit

gutem Beispiel vorgehen: beim Klima- und Ressourcenschutz, beim Schutz des Friedens, beim Schutz des Lebens und der Gesundheit. Wenn sie so agieren würden, dann wären wir auch sicherlich nicht so große Kritiker dieses Gipfels, wenngleich die Legitimation noch fehlen würde. Das sind unsere Gründe, diesen Gipfel zu kritisieren. Wir sind da auch nicht allein. Kirchen, Gewerkschaften, Bewegungen und Organisationen in der ganzen Welt sehen diesen Gipfel kritisch, und sie kommen auch zu uns. Sie kommen nach Mecklenburg-Vorpommern, nach Rostock und in das Umfeld von Heiligendamm. Ich freue mich schon auf die Gelegenheit, dass wir gemeinsam mit den anderen G8-Kritikern zeigen können: Die Linkspartei.PDS und dann die Vertreter der Linken sind an ihrer Seite. Das ist auch eine gute Vorbereitung für unseren Vereinigungsparteitag.

Ich hoffe, dass unsere beiden Parteien, solange sie noch getrennt gehen, zukünftig genauso bei der Vorbereitung und Durchführung von vielfältigen Veranstaltungen der Gipfelkritiker engagiert sein werden. Vor allem hoffe ich, dass wir durch unsere persönliche Teilnahme an diesen Veranstaltungen Flagge zeigen. Wir müssen zeigen, dass wir zu dieser Bewegung gehören. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe unserer Parteivorstände und des Landesvorstandes der Linkspartei.PDS Mecklenburg-Vorpommern hat sich sehr aktiv in die Arbeit verschiedener Koordinierungsgruppen eingebracht. Wir waren Gleiche unter Gleichen. Wir haben keine Führungsrolle beansprucht. Man hätte sie uns auch nicht zuge-

standen. Ich will an dieser Stelle auch das Wirken von Katja Kipping, Wolfgang Gehrecke, Christine Buchholz und Steffen Bockhahn hervorheben, die für uns in dieser Arbeitsgruppe tätig gewesen sind und viele Beratungen durchgeführt und auch dazu beigetragen haben, dass wir als Gleiche unter Gleichen auftreten können. Herzlichen Dank auch euch! Nach anfänglichen Berührungängsten bei den anderen G8- und Globalisierungskritikern, bei Bewegungen und Organisationen sind wir inzwischen nach meinem Eindruck als Partner anerkannt und gern gesehen, auch weil wir sie in vielen Belangen unterstützen können. Der Landesvorstand der Linkspartei.PDS Mecklenburg-Vorpommern, unsere Landtagsfraktion, die Kreisverbände in Rostock, Bad Doberan und Güstrow haben die Koordinatoren auf allen gewünschten Gebieten unterstützt, und es war nicht nötig, was ich in einer Zeitschrift aus Sachsen gelesen habe, in der sie einen Aufruf an die Genossinnen und Genossen der Fraktion der Linkspartei.PDS Mecklenburg-Vorpommern senden. (Dieser Aufruf ist übrigens bis heute nicht bei uns angekommen.) In diesem Aufruf bitten sie uns, nein, sie erwarten von uns, dass wir die Organisatoren des G8-Protestes umfangreich unterstützen personell, finanziell, materiell. Sie formulieren weiter: »Ich erwarte von euch, dass ihr euch als Co-Versammlungsleiter zur Verfügung stellt, das heißt, ihr könnt euch nicht einfach wieder in den Urlaub verkrümmeln, wenn es interessant wird.«

**Fortsetzung auf Seite 9**

## Programmatische Eckpunkte

Entwurf des programmatischen Gründungsdokuments der Partei DIE LINKE. (Fortsetzung!)

(Beschluss der Vorstände von Linkspartei.PDS und WASG auf ihrer gemeinsamen Beratung am 10. Dezember 2006)

### 7. Ein Neubeginn für Ostdeutschland und strukturschwache Gebiete Westdeutschlands statt Zurückbleiben und Spaltung

Ostdeutschland braucht einen neuen Ansatz der Politik. Eine Politik des »Weiter so« ist unverantwortlich. Es ist höchste Zeit für einen Perspektiven- und Strategiewechsel, denn die Form der deutsch-deutschen Vereinigung und der weitgehende Verzicht auf eine gestaltende Politik mit Blick für die Spezifik der ostdeutschen Probleme haben das Land zwischen Elbe und Oder in eine strukturell abhängige Transferregion verwandelt. Überdies verschärft die Standortkonkurrenz die regionale Ungleichheit – auch zu Lasten strukturschwacher Regionen in Westdeutschland.

Mit der Art und Weise eines achtungsvollen partnerschaftlichen Zusammengehens unserer beiden Parteien zu einer neuen Linken haben wir zugleich ein Zeichen für die Überwindung politischer und kultureller Gegensätze zwischen Ost und West in Deutschland gesetzt.

Unsere Partei wird auch bei künftig stärkerer Verankerung in West wie Ost ihre historisch gewachsene besondere Verantwortung für die Vertretung ostdeutscher Interessen im deutschen Parteiensystem wahrnehmen. Beim Beitritt der DDR zur BRD sind wichtige Erfahrungen aus der DDR, wie eine umfassende Kinderbetreuung, ein modernes Schul- und Bildungssystem, die ökonomische Gleichstellung der Frauen, ortsnahe Kultureinrichtungen und das Prinzip der Polikliniken, auf ihre eventuelle Übernahme für Gesamtdeutschland weder geprüft noch übernommen worden. Dagegen wurden wissenschaftliche und kulturelle Potenziale, soziale Leistungsstandards und vielfältige direkte gesellschaftspolitische Mitwirkungsmöglichkeiten der Menschen in Ostdeutschland zerstört, die Lebenserfahrungen und -leistungen vieler DDR-Bürgerinnen und -Bürger missachtet und nicht als Bereicherung und Gewinn für ein vereintes Deutschland angesehen.

Wir wollen einen demokratischen und sozialen Wandel für die ganze Bundesrepublik und in diesem Rahmen besondere Anstrengungen für eine selbsttragende wirtschaftliche und soziale Entwicklung Ostdeutschlands. Eine andere gesamtwirtschaftliche Politik in Deutschland ist dafür eine notwendige Bedingung. Angesichts von Grundproblemen, die allein durch Marktmechanismen nicht erfasst werden, verlangt die Gestaltung neuer Entwicklungswege für Ostdeutschland eine neue gesamtdeutsche Innovations-, Investitions- und Strukturpolitik sowie eine in den lokalen Räumen, Regionen und Ländern verstärkte Förderung der Selbstorganisation von unten.

Notwendig sind besonders:

- *Anerkennung und Respekt:* Wir treten für die Achtung vor den Lebensleistungen der Menschen in Ost und West ein. Wir wollen, dass die besonderen Erfahrungen der Ostdeutschen nicht länger in den Wind geschlagen werden. Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit und die Beseitigung aller Diskriminierungen Ostdeutscher im Rentensystem.

- *lebenswerte Rahmenbedingungen:* Besonders für junge Menschen müssen Bildung, Kultur-, Freizeit- und Kinderbetreuungseinrichtungen, interessante Arbeitsplätze und Vereinbarkeit von Familie und Beruf so entwickelt werden, dass es sich lohnt, in Ostdeutschland zu bleiben.

- *eine neue Regionalpolitik:* Das heißt vor allem eine Konzentration auf die in allen Regionen vorhandenen, jedoch ganz unterschiedlichen Entwicklungspotenziale – gleich ob Hightech, gewerbliche Wirtschaft, Hochschulen, Gesundheitswirtschaft, Kultureinrichtungen, Naturtourismus, Bio-Landwirtschaft – und ihre gezielte Förderung als Bedingung des Erhalts der vorhandenen und der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Notwendig ist die kooperative Verflechtung von Wachstumszentren, strukturschwachen, ländlichen und peripheren Räumen. Erforderlich sind spezifische regionale Entwicklungskonzepte, die eine lebenswerte Zukunftsperspektive für alle Regionen schaffen.

- *verstärkte Investitionen in Bildung, Qualifikation und Forschung:* von den Kindertagesstätten über Hochschulen und Forschungseinrichtungen bis zu innovativen Unternehmen und Wirtschaftskreisläufen.

- *eine veränderte Industrie-, Landwirtschafts- und Strukturpolitik:* Sie soll Zukunftsbranchen und -unternehmen fördern und gemeinsam mit Wissenschaftseinrichtungen Zentren regionaler Wirtschaftsentwicklung schaffen, die zur Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe beitragen. Bedingungen dafür sind ausreichende Kreditvergabe durch Landesbanken und Sparkassen an die oft eigenkapitalschwachen ostdeutschen Unternehmen sowie Planungssicherheit für die Verfügung über Mittel aus der EU, dem Bundeshaushalt und dem Solidarpakt. Länder mit besonders großen Struktur- und Haushaltsproblemen sollen statt der Hälfte nur noch einen kleineren Teil der Fördermittel kofinanzieren müssen.

### 8. Internationale Politik und Europäische Union: Eine Welt des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und Demokratie statt Militarisierung und Privatisierung

Das Ende des Kalten Krieges wurde zum Beginn einer Welle neuer Kriege. Der Kampf um die globale Vorherrschaft, den Zugang zu wichtigen Ressourcen und geopolitische Kontrolle

wird offen militärisch ausgetragen. Die Rüstungsausgaben sind weltweit auf über 1000 Milliarden Dollar gestiegen. Durch ihre Kolonialgeschichte und den Raubbau an Ressourcen, durch neoliberale Politik und Militarisierung in diesen Regionen ist auch die EU erheblich für Armut, Bürgerkriege, Umwelt- und ethnische Konflikte in einer ganzen Reihe von Weltregionen mit verantwortlich.

Eine Umkehr ist nötig. Unsere Außen- und Friedenspolitik hat ihre Grundlage im Völkerrecht, strebt nach globaler Gerechtigkeit und der Verwirklichung der Menschenrechte, verlangt Abrüstung und das weltweite Verbot von Massenvernichtungswaffen. Nur soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Demokratie garantieren Stabilität und friedliche Zusammenarbeit.

- *Deutsche und europäische Außenpolitik muss Friedenspolitik werden:* Wir bekämpfen den Krieg und lehnen die Militarisierung der deutschen Außenpolitik ab. Die Bundeswehr darf nicht weiter für Militärinterventionen im Ausland eingesetzt werden. Aufgrund vielfältiger Erfahrungen ist die Frage, ob internationale Militäreinsätze im Auftrag und unter Kontrolle der UN – wenn es sich um Kampfeinsätze mit Berufung auf Kapitel VII der UN-Charta handelt – unter den gegenwärtigen Bedingungen in regionalen Kriegs- und Bürgerkriegskonstellationen zu einer Rückkehr in eine friedliche Entwicklung beitragen, zu verneinen. Die Nutzung von Militärbasen auf dem Boden Deutschlands und in der EU für Aggressionskriege und menschenrechtsfeindliche Verschleppungen muss beendet werden. Militärbündnisse wie die NATO wollen wir überwinden. Die militärischen Potenziale Deutschlands und der EU müssen reduziert und in Richtung einer strukturellen Nichtangriffs- und Nichtinterventionsfähigkeit umgebaut werden. Wir wollen zivile Konfliktvorbeugung und -lösung als Alternative zu Kriegseinsätzen. Militäreinsätze sind keine Lösung. Sie sind oftmals Teil des Problems. Deutschland und die EU sollen auf die Entwicklung und die Produktion von Angriffswaffen verzichten, Rüstungsexporte verbieten, die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland aufkündigen und Abrüstung zur Staatsaufgabe machen, auch durch mutige einseitige Schritte. Weltweite Abrüstung und ein Verbot aller Massenvernichtungswaffen gehören auf die internationale Tagesordnung. Den Einsatz der Bundeswehr im Inland lehnen wir ab.

Fortsetzung auf Seite 7

*Forsetzung von Seite 6*

- Errichtung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung: Dazu gehören die Kontrolle und Regulierung der internationalen Finanzmärkte, Stopp der Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Überführung wichtiger Naturressourcen in Staatseigentum, eine umfassende Entschuldung armer Länder, die Anhebung der Entwicklungshilfe auf über 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts der Industriegesellschaften. Nachhaltige Entwicklung sowie die Wiederherstellung und der Ausbau sozialer Rechte müssen die kapitalorientierte Neoliberalisierung ersetzen. Davon muss sich auch die deutsche Politik in den Vereinten Nationen, der WTO und der Weltbank sowie in bilateralen Verträgen und europäischen Abkommen gegenüber Lateinamerika, Afrika und Asien leiten lassen.

- Demokratisierung der UNO: Das Ziel der Charta der Vereinten Nationen, eine Welt des Friedens und der Wahrung der Menschenrechte zu erreichen, erfordert die weitere Stärkung und Demokratisierung der UNO, mehr Rechte der Vollversammlung und einen demokratischen Umbau des Sicherheitsrats. Verschleppungen, geheime Gefängnisse und Folter sind weltweit zu ächten. Die Koordination der internationalen Anstrengungen für eine gerechte Weltwirtschafts- und Sozialordnung sollte bei einer demokratisierten und gestärkten UNO liegen.

- Wandel der Europäischen Union: Wir treten dafür ein, dass sich die EU von einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu einer europäischen Beschäftigungs-, Sozial-, Umwelt- und Friedensunion entwickelt. Wichtige erste Schritte wären ein europä-

isches Zukunftsinvestitionsprogramm für Arbeit und Umwelt und eine Mindestbesteuerung von Kapitalerträgen und Unternehmensgewinnen sowie eine demokratische Kontrolle der Europäischen Zentralbank. Nationalstaaten und Europäische Union müssen ein neues Verhältnis eingehen. Der Schlüssel dafür ist die Demokratisierung der Nationalstaaten und der EU. Wir lehnen eine Militarisierung der EU ab und fordern die Auflösung von europäischen battle groups, den Verzicht auf europäische Rüstungsprojekte, widersetzen uns europäischen Militäreinsätzen und treten für eine Auflösung der US-Militärbasen in Europa ein. Notwendig ist eine humane und demokratische europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik, die verhindert, dass Europa immer mehr zu einer Festung gegenüber Menschen aus ärmeren Teilen der Welt ausgebaut wird.

Wir stehen an eurer Seite!

**Aufruf von Linkspartei.PDS, WASG und der Fraktion DIE LINKE. zum 1. Mai 2007 Mehr Respekt!**

Täglich wird die Würde vieler Menschen mit Füßen getreten. Der Verlust der Erwerbsarbeit schließt Millionen Menschen von gesellschaftlicher Teilhabe aus Empfängerinnen und Empfänger von ALG II müssen erniedrigende Bedürftigkeitsprüfungen über sich ergehen lassen und jeden noch so unpassenden Job annehmen. Konkurrenz zwischen Erwerbslosen und Beschäftigten, alten und jungen, Inländern und Ausländern wird immer heftiger geschürt. Armut, Unsicherheit und Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes betreffen nicht mehr nur eine Minderheit.

**Soziale Gerechtigkeit!**

Beschäftigten ebenso wie Erwerbslosen und Rentnerinnen und Rentnern werden immer weitere Opfer abverlangt, während Unternehmen durch die geplante Steuerreform erneut milliardenschwere Geschenke erhalten. Weitere Schritte zur Zweiklassenmedizin durch die Gesundheitsreform und die faktischen

Renten Kürzungen durch die Rente mit 67 sind nur die jüngsten Angriffe der großen Koalition auf Beschäftigte und Bezieherinnen und Bezieher sozialer Leistungen.

**Gute Arbeit!**

Trotz der guten konjunkturellen Lage öffnet sich die Schere zwischen Löhnen und Gewinnen weiter. Die geringe Kaufkraft und mangelnde öffentliche Investitionen drohen die Binnennachfrage und damit den zarten wirtschaftlichen Aufschwung abzuwürgen. Gleichzeitig verbreiten sich prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie Leiharbeit; unbezahlte Praktika, befristete Beschäftigung. Zunehmende Unsicherheit lässt viele Menschen hohe Arbeitsbelastungen, wenig Freizeit und die Verweigerung ihrer Mitbestimmungsrechte klaglos hinnehmen. Der Niedriglohnsektor wächst. Fast vier Millionen Menschen leben in Armut obwohl sie Vollzeit arbeiten. Die Einführung eines gesetzlichen, Existenz sichernden Mindestlohnes ist überfällig.

**Wann, wenn nicht jetzt!**

Von der Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit, Existenz sichernder Arbeit und einer humanen Arbeitswelt sind wir weit entfernt. Seit Jahren stützen wechselnde Regie-

rungen den Sozialstaat, deregulieren den Arbeitsmarkt und schwächen die Gewerkschaften. Die regierende Sozialdemokratie scheute sich nicht, die Hartz-Gesetze, die Mehrwertsteuererhöhung und die Rente mit 67 gegen ihre traditionellen Bündnispartner, die Gewerkschaften, durchzusetzen

Dagegen regt sich seit Jahren Widerstand. Jetzt ist es an der Zeit, dass dieser mächtig wird. Das wollen wir am 1. Mai 2007 deutlich machen und an der Seite der Gewerkschaften dafür auf die Straße gehen.

**Wo, wenn nicht hier und überall!**

Gegen die zunehmende Schere zwischen Reichtum und Armut, gegen Sozial- und Lohndumping; gegen die Missachtung der Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern müssen wir uns international wehren. Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen, sondern treten gemeinsam für eine bessere Welt ein.

Deshalb demonstrieren wir am 2. Juni in Rostock gegen den G8-Gipfel und die Politik der Mächtigen der Welt: Menschen vor Profit in Deutschland und auf der ganzen Welt!

## Zeitbezüge:

- 03.05.1947 Vor 60 Jahren begann vor dem amerik. Militärgericht in Nürnberg der Prozess gegen 24 Direktoren des IG-Farben-Konzerns.
- 03.05.1957 Die Gleichberechtigung von Mann und Frau wurde am 3. Mai 1957 vom Bundestag beschlossen.
- 03.05.1967 Vor 40 Jahren beschloss der DDR-Ministerrat, ab 28. 08. die durchgängige 5-Tage-Arbeitswoche mit 43 ¾ Stunden wöchentliche Arbeitszeit einzuführen.
- 11.05.1857 Beginn eines großen Volksaufstandes (des sog. Sepoyaufstandes) gegen die engl. Kolonialherrschaft in Indien.
- 12.05.1957 Der NATO-Oberbefehlshaber in Europa erklärt, bei einem Krieg mit der UdSSR auch als erste Atomwaffen einzusetzen. Die Erstschlagsbedrohung wurde von der NATO nie zurückgenommen.
- 15.05.1957 Vor 50 Jahren zündete GB nahe der Weihnachtsinseln im Pazifik eine Wasserstoffbombe.
- 15.05.1972 Am 15. Mai 1972 wurde im Bundestag der Grundlagenvertrag mit Polen ratifiziert.
- 15.05.1982 Vor 25 Jahren wurde in Berlin die erste FDJ-Delegation zum zentralen Jugendobjekt »Erdgasstrasse« in die UdSSR verabschiedet.
- 17.05.1932 Vor 75 Jahren wurde der NSDAP-Abg. Bernard Freyberg in Dessau zum Ministerpräsidenten des Landes Anhalt gewählt.  
*Abb.: Der neu gewählte Anhaltische Ministerpräsident Freyberg (NSDAP, heller Anzug) auf dem Weg in den Landtag, aus: Die Heimat vom 21. Mai 1932*
- 17.05.1937 In Spanien wird die Volksfrontregierung Negrin gebildet.
- 18.05.1932 Erste Zusammenkunft des Keppler-Kreises.
- 18.05.1977 Vor 30 Jahren wurde in Genf durch Vertreter von 33 Staaten die Konvention über das Verbot militärischer u. sonstiger feindlicher Anwendung von Mitteln zur Einwirkung auf die Umwelt (Umweltkonvention) unterzeichnet, darunter durch die USA u. die UdSSR.
- 19.05.1957 Die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP), die sich 1952 gegen die Wiederbewaffnung der BRD gegründet hatte, erklärt ihre Selbstauflösung mangels Erfolg. Ihr Vorsitzender Gustav Heinemann wird 1969 erster sozialdemokratischer Bundespräsident.
- 20.05.1992 Auf dem Dessauer Hauptbahnhof werden die letzten sowj. Soldaten der Dessauer Garnison verabschiedet.
- 24.05.1972 Bomben explodieren vor dem Hauptquartier der US-Streitkräfte in Europa in Heidelberg.
- 25.05.1907 Die ersten weiblichen Abgeordneten in Europa zogen am 25. Mai 1907 in das finnische Parlament ein.
- 25.05.1932 Aufruf des ZK der KPD zur Antifaschistischen Aktion.
- 26.05.1972 Vor 35 Jahren wurde der Verkehrsvertrag DDR-BRD unterzeichnet. Es war der erste Staatsvertrag zwischen beiden Ländern.
- 27.05.1832 30 000 Bürger ziehen zum Schloss Hambach, um gegen den Partikularismus und die politische Unterdrückung in den deutschen Einzelstaaten ein Zeichen zu setzen.
- 30.05.1932 Die Regierung Brüning wird durch den Reichspräsidenten v. Hindenburg auf Betreiben maßgeblicher Kreise des Finanzkapitals, des Junkertums u. der Reichswehrführung zum Rücktritt gezwungen.
- 30.05.1932 Uraufführung des Films »Kuhle Wampe«. (Bild)



## Anmerkungen zu den Zeitbezügen:

### 03. Mai 1957 Beschluss des Bundestages

Der Bundestag beschließt am 03. 05. 1957 die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Zwar war dies bereits im Grundgesetz 1949 verankert worden, doch widersprach dem bis 1957 das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB). Danach hatte der Mann als das »Haupt der Familie« die elterliche Gewalt über die Kinder u. das Letztentscheidungsrecht in Dingen des gemeinschaftlichen Lebens. Frauen hatten Arbeitspflicht im Haus oder im Geschäft des Mannes. Mit der Neuregelung des BGB zog die BRD der DDR nach, die die Gleichstellung schon Anfang der 50-er Jahre gesetzlich umsetzte.

### 11. Mai 1857 Sepoyaufstand in Indien

Beginn eines großen Volksaufstandes gegen die englische Kolonialherrschaft. Schnell erfasste die Meuterei der indischen Soldaten (Sepoy, von sipahi: Soldat) der Ostindiengesellschaft die gesamte Nordregion des Landes zwischen dem Pandschab u.

Bengalen. Zugleich erhoben sich große Teile der Stadt- und Landbevölkerung. Die Teilnahme verschiedener sozialer Klassen u. Schichten, insbes. der Bauernmassen, am Kampf gegen das Kolonialjoch verlieh dieser Bewegung – in der Hindus u. Muslime gemeinsam fochten – einen nationalen Charakter. Unter Anwendung brutalster Gewalt wurde der Aufstand 1859 unterdrückt u. Indien in eine direkte englische Kolonie verwandelt, die dem englischen König unmittelbar unterstand (Kronkolonie). Im Jahre 1877 wurde Königin Viktoria zur Kaiserin von Indien proklamiert.

### 15. Mai 1972 Bundesdeutscher Grundlagenvertrag mit Polen

Am 15. 05. 1972 wurde im Bundestag nach einem gescheiterten Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Willy Brandt der Grundlagenvertrag mit Polen ratifiziert. Von konservativen u. Vertriebenenverbänden heftig kritisiert, garantierte der Vertrag die Unverletzlichkeit der Westgrenze Polens an

Oder und Neiße. Die BRD erklärte ihren Verzicht auf jegliche Gebietsansprüche. Gleichzeitig trat der 1970 unterzeichnete Moskauer Vertrag mit der SU in Kraft. Er erkannte die Grenze zwischen der BRD und der DDR an, ohne auf Ziel der deutschen Einheit zu verzichten.

### 18. Mai 1932 Keppler-Kreis trifft sich mit Hitler

Erste Zusammenkunft des sog. Keppler-Kreises, des späteren »Freundeskreises Himmler«, mit Hitler im Hotel Kaiserhof in Berlin. Die Bankiers Freiherr v. Schröder u. Hjalmar Schacht, der Großindustrielle Adolf Vögler u. a. namhafte deutsche Unternehmer berieten mit Hitler wirtschaftspolitische Maßnahmen für den Fall der Bildung einer Naziregierung. Hitler versprach, als Kanzler aufzurüsten, die »Wirtschaft zu beleben« u. die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, das »System« der Weimarer Republik zu liquidieren u. die Gewerkschaften aufzulösen.

Fortsetzung auf Seite 9



Fortsetzung von Seite 8

#### **24. Mai 1972 Anschlag auf das US-Hauptquartier in Heidelberg**

Bomben explodierten am 24. 05. 1972 im Abstand von 15 Sekunden vor dem Kasernenblock 28 u. dem Kasino des Hauptquartiers der US-Streitkräfte in Europa in Heidelberg. Sie waren in Autos versteckt u. hatten eine Sprengkraft von 200 Kilogramm TNT. Drei amerikanische Soldaten wurden getötet, fünf verletzt. Am Tag darauf bekennt sich die »Rote Armee Fraktion« (RAF) zu der Tat. Für sie ist es Protest gegen die Bombenangriffe der US-Luftwaffe in Vietnam. Bundeskanzler Willy Brandt verurteilt den »Terror um des Terrors willen«. Für Axel Springer ist die »Teufelssaat von Linksradikalen« aufgegangen.

#### **25. Mai 1907 Erste weibliche Abgeordnete in Europa**

Die ersten weiblichen Abgeordneten in Europa zogen am 25. 05. 1907 in das finnische Parlament ein. Insgesamt 19 Frauen nahmen an

diesem Tag ihre Plätze ein. Ein Jahr zuvor hatte das Land als erstes in Europa allen Bürgern, die älter als 24 Jahre sind, das aktive u. das passive Wahlrecht zugesprochen. Ein Grund für diese Entscheidung war der hohe Anteil berufstätiger Frauen, der im Jahre 1907 bei 56 % lag. Die meisten anderen europäischen Länder standen den Frauen das Wahlrecht indes erst 1918 nach dem Ende des Ersten Weltkrieges zu. Als letztes Land in Europa führte die Schweiz 1971 das Frauenwahlrecht ein.

#### **30. Mai 1932 »Kuhle Wampe«-Premiere**

Der Filmklassiker »Kuhle Wampe oder wem gehört die Welt?« feierte am 30. 05. 1932 in Berlin Premiere. Regie in dem kommunistischen Agitationsfilm führte der Bulgare Slatan Dudow. Das Drehbuch schrieben Bertolt Brecht u. Ernst Ottwalt, die Musik Hanns Eisler. Der Film analysiert am Beispiel einer Berliner Arbeiterfamilie die Massenarbeitslosigkeit der großen

Wirtschaftskrise. Im März 1932 war der Film wegen der Gefährdung der öffentl. Sicherheit u. Ordnung von der Filmzensur verboten worden. Nach Freigabe der zensurierten Fassung kam es im März 1933 zu einem neuerlichen Verbot durch die Nazis.



Abb.: 1932. Nach der amtlichen Statistik gibt es in Deutschland 6.041.900 bei den Arbeitsämtern gemeldete Erwerbslose, von denen 5.194.649 Unterstützung erhalten. Unberücksichtigt blieben etwa 1,5 Millionen nicht registrierte Arbeitslose.

## **Wer den Solidarpakt in Frage stellt, will den Osten abschreiben**

### **Der Solidarpakt II darf nicht angetastet werden. Das fordert der Bundesgeschäftsführer der Linkspartei.PDS Dietmar Bartsch.**

Stammtischparolen sind keine Politik. Es ist schon erstaunlich, mit welcher Unverfrorenheit und Regelmäßigkeit westdeutsche Politiker Vorurteile gegen die neuen Länder schüren und bedienen. Da ist kein Anlass zu gering, den bis 2019 garantierten Solidarpakt II in Frage zu stellen. Immer dann, wenn Gelder fehlen, wie jetzt

beim Ausbau der Krippenplätze, wird der Ruf nach einer Kürzung der Ost-Förderung laut. Gleichzeitig wird verschwiegen, dass die Solidarpaktmittel ohnehin abgesenkt werden. Dabei ist die Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern nach wie vor mehr als doppelt so hoch, wandern junge Leute ab, werden ganze Regionen entvölkert. Forderungen nach weiteren Einschnitten in der Finanzierung stellen den Aufbau Ost insgesamt in Frage.

Es ist erschütternd, mit welcher Unkenntnis und Arroganz Landespolitiker wie Günther

Beckstein (CSU) versuchen, die strukturschwachen Regionen des Ostens gegen die des Westens auszuspielen. Schließlich hat die jahrzehntelange verfehlte Finanzpolitik der jeweiligen Bundesregierung zu klammen Kassen in den Kommunen geführt, während gleichzeitig den großen Unternehmen und Konzernen Steuergeschenke in Milliardenhöhe gemacht wurden.

#### **Fortsetzung von Seite 5**

Bei dieser Gelegenheit möchte ich sehr deutlich sagen: Wir haben uns nie verkrümmelt. Wir haben uns nie irgendwo in die Büsche geschlagen. Wir haben uns auch nicht in die Büsche geschlagen, als Herr Bush bei uns war. Wir haben niemals gekniffen, sondern wir haben bei verschiedenen Anlässen demonstrativ in der Öffentlichkeit unsere kritischen Positionen benannt: zum Irak-Krieg, zum Krieg in Tschetschenien, zur Bush-Politik, zur Hartz-IV-Gesetzgebung, zur EU-Verfassung, zum Bombodrom und zu anderen Fragen. Wir haben kein Defizit an offensiven Auftritten in diesen und

in anderen Fragen, und ich auch nicht. Auch als Mitglied der Landesregierung habe ich mich entsprechend artikuliert. Deshalb muss ich mich sehr wundern, dass man einen solchen Eindruck hat, den ich hier, falls einige von euch ihn noch hatten, doch deutlich dementieren möchte. Wir werden uns also auch am 2. Juni nicht in den Urlaub verkrümmeln. Ich hätte das auch nicht getan, wenn ich noch Mitglied der Landesregierung gewesen wäre. Das will ich hier auch ganz deutlich sagen. Ich hoffe, liebe Genossinnen und Genossen, die ihr solche Befürchtungen hattet, dass ihr dann gemeinsam mit uns und mit den anderen Kritikern bei den

Protestveranstaltungen in Rostock und im Umfeld von Heiligendamm genauso dabei sein werdet wie wir, vor allem bei der Großdemonstration am 2. Juni, zu der ich euch sehr herzlich einladen möchte. Zeigen wir gemeinsam, dass wir Teil dieser Bewegung sind!

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, auf Wiedersehen in Rostock und auf Wiedersehen auf unserem letzten Parteitag der Linkspartei.PDS am 15. Juni in Berlin!

**Herzlichen Glückwunsch**

Herzliche Glückwünsche allen Genossinnen und Genossen, die im Mai 2007 ihren Geburtstag begehen.

Vor allem gehen die Glückwünsche an die Genossinnen  
Margarethe Schwierz zum 85.,  
Charlotte Noth zum 80.,  
Ursula Mieder zum 65.  
und an den Genossen  
Erhardt Berner zum 60. Geburtstag.

**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:**

Donnerstag, 09:00 - 14:00 Uhr

Freitag, 09:00 - 12:00 Uhr

**Wir trauern um zwei aktive Genossen unserer Partei, die in den letzten Wochen verstorben sind.**

**Gen. Wili Jost  
Gen. Horst Blümel**

**Wir werden sie in guter Erinnerung behalten.**

**Kontaktadresse:****Stadtvorstand und Fraktion**

DIE LINKE.PDS Karlstraße 4,  
06844 Dessau

Tel./Fax: 03 40 / 2 20 19 50

E-Mail: pds-dessau@t-online.de

Alte Mildenseerstraße 17

Tel./Fax: 0340 / 2203260/1

E-Mail: pdsfraktion@datel-dessau.de

**Ansprechpartner WASG Dessau**

Ireneusz Motylewicz

Tel.: 0177 - 525 57 29

**Termine für Mai 2007:**

- Di., 01 Mai, **Maifeiertag**  
Wir feiern gemeinsam mit dem DGB ab 10.00 Uhr im Dessauer Stadtpark. Bitte weitere Informationen in der Tagespresse beachten!
- Sa., 05. Mai, **Europatag**  
**189. Geburtstag von Karl Marx (1818)**
- So., 06. Mai, **Stichwahl**  
Dessau-Roßlauer OB-Wahl
- Mo., 07. Mai, 16.00 Uhr, Geschäftsstelle Karlstraße:  
Öffentliche Mitgliederversammlung  
BO Nord/Waldersee Auswertung der Kommunalwahl am 22. 04. 07
- Mo., 07. Mai, 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Karlstr., Stadtvorstandssitzung
- Mo., 07. Mai, 19.00 Uhr, Bauhaus-Club Gropiusallee  
Buchvorstellung der Forschungsgruppe "Zyklon B"
- Di., 08. Mai, 10.00 Uhr, Geschäftsstelle Karlstr., AG-Senioren
- Di., 08. Mai, **Tag der Befreiung**  
**Kranzniederlegung** (Siehe Tagespresse)
- Di., 08. Mai, 18.30 Uhr, Alternatives Jugendzentrum (AJZ):  
Beratung des Bündnisses gegen Rechtstextremismus (BgR)
- Fr., 11. Mai, Eröffnung der Ständigen Bauhaus-Ausstellung (Siehe Tagespresse)
- Mo., 14. Mai, 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Waldersee, Fraktionssitzung
- Mo., 21. Mai, 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Karlstr., Stadtvorstandssitzung
- Do., 24. Mai, 10.00 Uhr, Geschäftsstelle Karlsstraße:  
"Typisch" - Redaktionssitzung
- Do., 31. Mai, 17.00 Uhr, Geschäftsstelle Karlstraße:  
Beratung der BO-Vorsitzenden

Redaktionsschluss für die Typisch Juni 2007 ist Donnerstag, der 24. Mai 2007

**TYPISCH links**

Herausgeber: PDS-Stadtvorstand

Dessau

Redaktion D. Schulze, E. Rudolf,

C. Rasch

Druck: -dte Gölzau